

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Stimmungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf. — Preis pro Jahr 100 Pf.

Verleger: Dr. Heinrich Schönbauer, Leipzig, Postfach 1000. — Druck: Dr. Heinrich Schönbauer, Leipzig, Postfach 1000.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nummer: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 239

Dienstag, den 11. Oktober 1932

27. Jahrgang

Vor innenpolitischen Entscheidungen

Staatsgerichtshof — Verfassungsreform

Berlin, 9. Oktober. Auf dem Gebiete der Innenpolitik ist in der beginnenden Woche eine Reihe wichtiger Aktionen zu erwarten. Zunächst beginnt am Montagvormittag in Leipzig der Prozess vor dem Staatsgerichtshof wegen der Klage der preussischen Regierung gegen die Reichsregierung.

Dieser Klage haben sich bekanntlich auch einige süddeutsche Länder und die preussischen Fraktionen des Senats und der Sozialdemokratie angeschlossen. Eine ganze Anzahl hervorragender Staatsrechtler wird als Interessentenvertreter der beiden Parteien in Leipzig auftreten, und es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß sich eine umfangreiche staatsrechtliche Diskussion entwickeln wird, die wohl mehrere Tage dauern dürfte. Es gilt als zweifelhaft, ob das Urteil dann sehr rasch gefällt wird.

Am Montagabend reist der Reichskanzler nach München, wo er am Dienstag den angeforderten Staatsbesuch bei der bayerischen Regierung absolviert. Diese Zusammenkunft wird jedoch selbstverständlich auch Gelegenheit zu bedeutenden politischen Verhandlungen geben, bei denen es sich um die Verfassungsreform und in erster Linie um das Problem „Reich und Preußen“ handeln wird. Die Vorarbeiten für die Verfassungsreform werden bekanntlich seit einiger Zeit im Reichsinnenministerium vorbereitet, damit sie ungefähr Anfang November der Öffentlichkeit und später dem neuen Reichstage vorgelegt werden können. Der Kanzler wird diese überaus wichtigen Probleme in nächster Zeit auch mit den übrigen Länderregierungen erörtern. Vordringlich ist dabei die Neuregelung des Verhältnisses zwischen dem

Reich und Preußen, weil der gegenwärtige Schwerezustand nicht auf die Dauer beibehalten werden kann. Hier wird man auch das in Leipzig zu erwartende Urteil des Staatsgerichtshofes berücksichtigen müssen, aber man hält es jetzt schon für wahrscheinlich, daß dieses Urteil, selbst wenn es dem Standpunkte der früheren preussischen Regierung in einzelnen Punkten theoretisch recht geben sollte, im Gesamtergebnis doch die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen anerkennen und als zu Recht bestehend bezeichnen werde.

Der Reichskanzler wird erst am Donnerstag wieder in Berlin eintreffen, da er am Mittwoch vor dem Verband der Bayerischen Industriellen eine wichtige Rede halten wird, über die gestern und heute noch interne Besprechungen zwischen ihm und einzelnen Kabinettsmitgliedern stattgefunden haben. Wahrscheinlich wird Außenminister von Neurath, der sich gegenwärtig in Süddeutschland aufhält, mit dem Kanzler wieder nach Berlin zurückzukehren, an den Verhandlungen in München ist er dagegen nicht beteiligt.

Für Ende dieser Woche sind dann neue Kabinettsberatungen zu erwarten, die sich in erster Linie auf wichtige Wirtschaftfragen, insbesondere auf das Bankenproblem und die subventionierten Betriebe erstrecken werden. Ob es schon möglich sein wird, die Kontingentierungsfrage im Außenhandel zu beschließen, hängt von dem Verlauf der noch im Gange befindlichen Reise der Kontingentierungskommission ab. Nach dem Abschluß dieser Beratungen wird man dann mit einer Beschlussfassung der Reichsregierung über die Grundlage der Verfassungsreform zu rechnen haben.

ren Schlägerei zwischen Anhängern der NSDAP. und Bewohnern des Ortes, in deren Verlauf ein junger 20jähriger Mann aus Bohrdorf getötet, ein anderer schwer und zwei weitere leicht verletzt wurden. Bei den Verletzten handelt es sich ebenfalls um Einwohner des Ortes.

„Auf Zug und Trug aufgebaut“

Übrig über die „Harzburger Front“

Braunschweig, 9. Oktober. Auf einer Kundgebung der NSDAP. setzte Reichstagspräsident Göring sich mit den Deutschnationalen auseinander. Die Deutschnationalen, so führte er aus, seien manchmal mit der NSDAP. marschieren. Sie seien aber als Partei gesehen immer ihre erbittertesten Gegner gewesen. Heute sei der Jahrestag der Harzburger Front. Die Harzburger Front habe zerbrechen müssen, weil sie auf Zug und Trug aufgebaut gewesen sei. Indem man sage, die Nationalsozialisten hätten ihre Front nach links verschoben, wolle man dem deutschen Bürger Angst machen. Die Nationalsozialisten seien dem Reichskanzler dankbar, daß er noch einmal die Möglichkeit gegeben habe, die Bewegung zu prüfen und daß alle seine Verlässlichen Warten, die nur aus Konjunktur gekommen seien.

Über 200 000 Teilnehmer

am Freiwilligen Arbeitsdienst

Halle, 9. Okt. Bei einer Besichtigung des Freiwilligen Arbeitsdienstes des „Stahlhelms“ führte Reichsarbeitsminister Schäfer aus, die Reichsregierung sei sich selbstverständlich klar darüber, daß der Freiwillige Arbeitsdienst, Notstandsarbeiten und Kreditmaßnahmen nur Palliativmittel seien. Die Hauptsache bleibe die Anregung des Unternehmergeistes. Es möge sein, daß die eine oder andere der von der Regierung in diesem Sinne getroffenen Maßnahmen nicht den erhofften Erfolg hätten, aber im ganzen lasse sich doch erkennen, daß das Programm wohl erfolgreich sei. Der Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Präsident Ehrup, teilte mit, daß heute die Zahl der Teilnehmer am Freiwilligen Arbeitsdienst bereits 200 000 überschritten hätte. Dies dürfte die Jahresdurchschnittszahl bleiben.

Japanisches Bündnisangebot an Frankreich?

London, 9. Okt. „Sunday Times“ bringt heute die Mitteilung, für die selbstverständlich dem Blatt die volle Verantwortung überlassen bleiben muß, daß die japanische Regierung an Frankreich mit einem Bündnisangebot herantreten sei. Dieses Angebot solle, wie das Blatt weiter behauptet, im Quai d'Orsay geprüft worden, aber schließlich nicht auf Entgegenkommen gestoßen sein. Von maßgebender französischer Seite in London wurde die Presse bereits dahin unterrichtet, daß man von einem solchen Angebot Japans keinerlei Kenntnis habe und daß es sehr zu bezweifeln sei, daß ein japanisches Angebot überhaupt vorliege.

Finanznöte der Tschechei

Kürzung der Beamtengehälter um 8 v. H.

Prag, 8. Okt. Auf einer gemeinsamen Tagung der Regierungsparteien erklärte der Finanzminister Dr. Trapl, daß er bis zum 1. November unbedingt 1,5 Milliarden Kronen (etwa 190 Millionen Mark) brauche, um die Zahlungen des Staates aufrechterhalten zu können. Da der Minister mit der Einföhrung einer Beamtenregierung und notfalls sogar mit der Auflösung des Parlaments drohte, haben alle Mehrheitsparteien, mit Ausnahme der tschechischen Nationaldemokraten, einer Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten um 8 v. H. mit sofortiger Wirkung zugestimmt. Von der Gehaltskürzung, die nur vorübergehend sein soll, sind die Pensionen ausgeschlossen.

Generalversammlung des Evangelischen Bundes

Kassel, 9. Oktober. An der 36. Generalversammlung des Evangelischen Bundes, die vom 7. bis 9. Oktober in Kassel abgehalten wurde, nahmen über 300 Abgeordnete aus allen Teilen des Reiches teil. In den in der Gesamtvorstands- und Abgeordnetenversammlung aufgestellten Forderungen des deutschen Protestantismus für Staat und Kirche heißt es u. a.: Wir fordern eine kraftvolle und gerechte, vor Gott verantwortliche Staatsregierung, die bewußt dem durch Blut und Schwere geformten Volkstum dient und darum Beho-

Der Eindruck der deutschen Antwort in London

London, 8. Oktober. In Besprechung der deutschen Antwort auf die britische Einladung unterstreichen die Blätter den Zustimmung Charakter der Note und den britisch Deutschlands, die Arbeitskonferenz erfolgreich zu sehen. In den Zeitungen und auch in der amtlichen Stellungnahme wird betont, daß die deutsche Regierung dem von der britischen Regierung vorgeschlagenen Meinungsaustausch gänzlich gesinnt ist. Zwischen den Zeilen der inoffiziellen Verlautbarungen ist zu lesen, daß von französischer Seite Schwierigkeiten bezüglich des Zusammenkunftsortes gemacht werden und daß England möglicherweise nicht auf London als Zusammenkunftsort werde bestehen können. Es wird aber betont, daß der „beste Platz für die Zusammenkunft“ weiterhin erörtert wird und daß, wenn ein allgemeiner Wunsch besteht, die Klust zu überbrücken, die Fragen des Ortes und des Zeitpunktes leicht geregelt werden könnten.

Vapen über den Stahlhelm

Berlin, 9. Oktober. Reichskanzler v. Papen wohnte heute der Berliner Erstaufführung des Films vom 18. Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms bei. Der Reichskanzler sprach zum Schluß die Worte: „Der Stahlhelm hat dreizehn Jahre für die Grundlage eines neuen Reiches gekämpft. Er wird nicht umsonst gekämpft haben.“

Große Stimmenverluste der Nationalsozialisten bei der Verdauer Gemeindevahl

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt man die Gemeindevahlen, die in den Wochen vor der Reichstagswahl stattfinden, da man sich auf Grund dieser Wahlergebnisse ein ungefähres Bild vom Ausgang der Reichstagswahl machen kann. Schon bei einzelnen Gemeindevahlen in Hessen und Oldenburg war festzustellen, daß es mit dem Traum der Nationalsozialisten, 51 Prozent aller Wähler zu sammeln, endgültig vorbei ist. Wie stark aber die Flucht der Wähler von Hitler schon eingeleitet hat, zeigt eine Gemeindevahl in Ostpreußen, wo die NSDAP. mehr als die Hälfte der Stimmen von der letzten Reichstagswahl verloren hat.

Verdau (Ostpr.), 9. Okt. Bei der heute hier abgehaltenen Stadtverordnetenwahl blieb die Wahlbeteiligung mit 64 Prozent weit hinter der der letzten Reichstagswahl (94 Prozent) zurück. Bei der letzten Landtagswahl hatten 88 Prozent und bei der Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929 gleich 78 Prozent der Wählerschaft ihre Stimme abgegeben. Bei der heutigen Wahl entfielen auf NSDAP. 483 Stimmen (bei der letzten Reichstagswahl 1074), SPD. 593 (898), Bürgerliche Einheitsliste (umfassend Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei, wahrscheinlich auch Zentrum) 462 (213), RPD. 170 (217), Christlichsoziale 151 (101). An Mandaten erhalten: NSDAP. 4, SPD. 6, Bürgerl. Einheitsliste 4, RPD. 1, Christlichsoziale 1.

Das Programm der DVV.

Erfurt, 9. Okt. Auf der Tagung des Zentralverbandes der DVV. wurde Abgeordneter Dingeldey durch Zuzuf zum Parteiführer wiedergewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Abgeordneter Dr. Boehm-Kemisch, Abtinal a. D. Reymann-Beipzig und Produzent Heidenreich-Halle. In seinem politischen Bericht sagte Dingeldey: Wir sehen die Ausföhrung der Fronten. Als Hitler seine Agitation begann, habe er vor der Entscheidung gestanden, den Faschismus eines revolutionären Nationalismus zu wählen oder den Weg der parlamentarischen Legitimität zu beschreiten. Nicht, daß er sich für das letztere entschieden habe, sei sein Schicksal, sondern daß er weder den einen noch den anderen Weg klar beschritten habe. Heute komme es nicht auf große Programme an, sondern auf Taten. Weil die DVV. Taten von der Regierung sehe, stehe sie hinter ihrer Autorität. Die vordringliche Aufgabe sei, einen Wirtschaftsbau zu gestalten, der die Möglichkeit einer Wiederbelebung gebe und die Not der Arbeitslosigkeit bekämpfe. Die DVV. begrüße es, daß die sozialen Härten der Notverordnung vom Juli gemildert werden sollen. Die Regierung wäre aber nicht gut beraten, wenn sie einseitigen Gedankengängen in handelspolitischen Fragen huldige. Die DVV. wolle den Schutz der heimischen Arbeit, besonders auch die Rentabilität der Landwirtschaft. Es dürfe aber nicht durch eine Politik der Kontingente, die den Wohlwollen anderer Länder hervorruft, die deutsche Ausfuhr geschädigt werden. Bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden die geistigen Bindungen des deutschen Volkes nicht übersehen. Eine Bewegung, die in unseliger Nachahmung des italienischen Faschismus die geistige Freiheit unterbinde, passe nicht zum deutschen Volkstum. Die Deutsche Volkspartei stehe hinter Hindenburg in der Ueberzeugung, daß seine Größe Deutschland einen festen Halt in dieser ändernden Zeit gebe. Es sei ein technisches Wahlabkommen mit den Deutschnationalen getroffen worden.

Eigene Listen der Landvolkspartei

Berlin, 9. Oktober. Der Partelausschuß des Deutschen Landvolkes hat auf seiner heutigen Tagung einstimmig beschlossen, daß die Landvolkspartei bei der bevorstehenden Reichstagswahl mit eigenen Listen vorgeht. Verhandlungen zum Zusammengehen mit anderen Gruppen stehen vor dem Abschluß.

Reichsparteitag der Volkrechtspartei

Leipzig, 9. Oktober. Am Sonntag fand hier der Reichsparteitag der Volkrechtspartei statt. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die Einstellung der Partei zur Reichstagswahl und zu den aktuellen Fragen der Politik. Es wurde beschlossen, sich mit aller Kraft am Wahlkampf zu beteiligen. Der Parteiführer wurde ermächtigt, weitere Verhandlungen über eine etwaige Ostverbindung mit anderen Parteien zu führen.

Schwere politische Schlägerei

Ein Toter

Bad Neuenahr, 9. Okt. In der Nacht zum Sonntag kam es im benachbarten Bohrdorf zu einer schwe-